Detailansicht des Registereintrags

GermanZero e.V.

Aktuell seit 05.11.2026 16:19:47

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002020
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	05.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	29.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: GermanZero e.V. Marienstraße 26 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493039807590 E-Mail-Adressen: info@germanzero.de lobbyregister@germanzero.de Webseiten: http://germanzero.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
340.001 bis 350.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
6,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Albrecht von Sonntag**
   Funktion: Vorstand
2. **Friedemann Brockmeyer**
   Funktion: Vorstand
3. **Dr. Martin Oetting**
   Funktion: Vorstand
4. **Michael Schäfer**
   Funktion: Geschäftsführung

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (35):

1. **Johann Stöcker**
2. **Johnny Stengel**
3. **Xenia Gomm**
   Tätigkeit bis 12/22:
   Praktikum giz Internationale Klimaschutzinitiative Small Grants
   Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
4. **Emmanuel Schlichter**
5. **Diane Borchers**
6. **Guntram Berti**
7. **Irmela Hannover**
8. **Carlos Pusch**
9. **Michael Mittag**
10. **Moritz Fischer**
11. **Dr. Frank Lehmann**
    Tätigkeit bis 12/21:
    Referats- und Abteilungsleiter der BZgA
    im Bundesministerium für Gesundheit (BMG) oder dessen Geschäftsbereich
12. **Hans-Jürgen Münnig**
13. **Fabian Röling**
14. **Gunnar Harms**
15. **Max Allmendinger**
16. **Kerstin Braun**
17. **Carsten Haker**

18. **Sven-Christian Kindler**
    Tätigkeit bis 03/25:
    Mitglied des Deutschen Bundestages
19. **Vera Becherer**
20. **Moritz Hahn**
21. **Andrea Wörle**
    Tätigkeit bis 03/25:
    Wissenschaftliche Beraterin zu Haushalts- und Klimathemen sowie EU-Finanzthemen für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
22. **Kerstin Belca**
23. **Isabella-Diana Beyler**
24. **Dr. Jan Kobarg**
25. **Gregor Müller**
26. **Kasimir Spliethoff**
27. **Frank Kose**
28. **Magnus Wünsche**
29. **Tanja Rakocevic**
30. **Lesley Pfeifer**
31. **Franziska Wild**
32. **Eric Hartmann**
33. **Jana Lintz**
34. **Dieter Gehringer**
35. **Michael Schäfer**

Gesamtzahl der Mitglieder:
17 Mitglieder am 07.05.2025, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (2):
1. Klima-Allianz Deutschland e.V.
2. Beyond Fossil Fuels e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (21):

Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; EU-Gesetzgebung; Land- und Forstwirtschaft; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Staatsorganisation; Artenschutz /Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Güterverkehr; Personenverkehr; Schienenverkehr; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
GermanZero e.V. wurde 2019 als eingetragener, gemeinnütziger Verein gegründet und agiert seitdem als unabhängiger zivilgesellschaftlicher Akteur mit dem Schwerpunkt auf Klimaschutz in Deutschland. Organisiert ist der Verein über seinen Vorstand und die Mitglieder. Die Inhalte und Interessen des Vereins werden erarbeitet und ausgeführt durch hauptamtlich angestellte Mitarbeiter:innen. Zudem legt GermanZero großen Wert auf transparente und partizipatorische Arbeitsvorgänge. Daher unterstützt eine Vielzahl von Ehrenamtlichen die Arbeit des Vereins auf unterschiedlichen Ebenen.

Das übergeordnete Ziel von GermanZero liegt im Interesse und Sinne der Generationengerechtigkeit, den folgenden Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. Dafür muss das Paris-Ziel eingehalten und die Erderwärmung auf 1,5 Grad begrenzt werden, nur so lassen sich die schwerwiegendsten Folgen der Klimakrise abdämpfen.

Ziel der Intneressensvertretung gegenüber Deutschem Bundestag und Bundesregierung ist eine kritische Auseinandersetzung, Aufklärung und Überzeugungsarbeit über die für das Paris-Ziel notwendige klimapolitische Gesetzgebung. Initialpunkt sind Gespräche mit partizipierenden Bürger:innen in den Bürger:innensprechstunden in den Heimatwahlkreisen der MdB. Bei Interesse an der Arbeit führt GermanZero anschließend selbst Gespräche mit den MdB und den zuständigen wissenschaftlichen Fachreferent:innen zu den Themen, zu welchen Beratung gewünscht ist. Im Zuge der Interessensvertretung finden auch politische Diskussionsrunden mit MdB, Infostände auf Events o.ä. unter Beteiligung der Öffentlichkeit statt.

Konkrete Regelungsvorhaben (46)

1. **Befristung der Nutzung fossiler Brennstoffe in der Industrie**

   Beschreibung:
   Für bestehende und neue industrielle Anlagen soll ein frühzeitiger Stichtag festgelegt werden, ab dem keine energetiebedingten Treibhausgasemissionen mehr ausgestoßen werden dürfen. Zusätzlich sind Genehmigungsverfahren auf klimaneutralitäts-kompatible Industrieanlagen zu limitieren.

   Interessenbereiche:
   Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

2. **Ausweitung der Klimaschutzverträge**

   Beschreibung:
   Staatliche Finanzhilfen im Kontext der Klimaschutz-Transformationen sollen über Programme wie das der Klimaschutzverträge (Carbon Contracts for Difference), bei denen die Förderung an jeweils geltende CO2-Preise (des Emissionshandels) gebunden werden, vorangetrieben werden und mit umfangreicheren Mittel ausgestattet werden.

   Interessenbereiche:
   Klimaschutz [alle RV hierzu]

3. **Mittelfristige Begrenzung von Carbon Capture auf prozessbedingte Restemissionen**

   Beschreibung:
   Bis ausreichend erneuerbare Energie zur Vefügung steht, soll Carbon Capture dynamisch für Restemissionen wie die der Kalzinierung ermöglicht werden, ansonsten aber beschränkt werden. In Bezug auf CCU soll die Gesamtbetrachtung des rohstofflichen Lebenszyklus aufgegriffen werden. Statt einer generellen Anschlussfähigkeit soll der Fokus beim Transportnetz auf industriellen Punktquellen liegen (erst perspektivisch auf dezentralen DAC-Projekten). Transport und Speicherung von CO2 aus Verbrennung fossiler Energieträger sollen grundsätzlich ausgeschlossen werden.

   Bundesrats-Drucksachennummer:
   BR-Drs. 266/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes
   Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

   Betroffenes geltendes Recht:
   KSpG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Klimaschutz [alle RV hierzu]

4. **Integration verpflichtender Nachhaltigkeitskriterien im Bereich öffentlicher Beschaffung**

   Beschreibung:
   Öffentliche Beschaffung soll an verpflichtende Nachhaltigkeitskriterien geknüpft werden. Dabei sollen Lebenszyklusanalysen und Emissions-Folgekosten stärker in preisliche Abwägungen einbezogen werden. Analog zur AVV Klima soll eine Regelung auf Kommunal- bzw. Landesebene geschaffen werden. Außerdem ist die (Teil-)Finanzierung entsprechender Vorhaben aus Bundesmittel zu ermöglichen (ggf. durch eine Grundgesetzänderung). Letztlich sollen Rezyklat-Einsatzquoten und effektivere Produktkennzeichnungen im Sinne der Kreislaufwirtschaft eingeführt werden.

   Betroffenes geltendes Recht:
   GG [alle RV hierzu]; KrWG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Klimaschutz [alle RV hierzu]

5. **Implementierung einer Klimaschutz-Endproduktabgabe**

   Beschreibung:
   Um Kostenanreize für klimaschondendes Verhalten zu setzen, soll eine Endproduktabgabe etabliert werden, die von Konsumenten beim Kauf neu hergestellter Produkte gezahlt wird – unabhängig davon, ob es sich um einheimische oder importierte Produkte handelt. Diese Abgabe berechnet sich anhand der Kosten jener CO2-Emissionen, die über den Lebenszyklus der Produkte verursacht werden.

   Interessenbereiche:
   Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

6. **Einführung adequater Besteuerung für nicht-energetische Primärnutzung fossiler Energieträger**

   Beschreibung:
   Auch die nicht-energetische Primärnutzung fossiler Energieträger soll anhand jener Emissionen besteuert werden, die bei der Gewinnung entsprechender Rohstoffe entstehen oder (potenziell) bei nachgelagerter Entsorgung freigesetzt werden.

   Betroffenes geltendes Recht:
   EnergieStG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

7. **Erweiterung von Ökodesign-Regulierung um das Top-Runner-Prinzip**

   Beschreibung:
   Ein klimaschutzorientiertes Top-Runner-Prinzip, d.h. eine dynamische Anpassung der Mindeststandards, orientiert an den jeweils nachhaltigsten Produkten, soll in die europäische Ökodesign-Verordnung und in davon abgeleitete Reglungen zur Produktion von Waren integriert werden.

   Interessenbereiche:
   EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

8. **Stärkere Beschränkung der Nutzung von F-Gasen**

   Beschreibung:
   Emissionen durch die atmosphärische Freisetzung von F-Gasen sollen werden verhindert, indem die Benutzung der Stoffe grundsätzlich und schneller als bisher geplant, untersagt wird.

   Interessenbereiche:
   Klimaschutz [alle RV hierzu]

9. **Verkauf neuer PKW und leichter Nutzfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren ab 2027 stoppen**

   Beschreibung:

Neue Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor bis 7,5 Tonnen zulässige Gesamtmasse – also Pkw und leichte Nutzfahrzeuge (LNF) sowie Motorräder, inkl. Hybride – sollen ab 2027 nicht mehr verkauft werden dürfen.

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

10. **Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen**

Beschreibung:
Die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen und anderen bislang unbegrenzt freigegebenen Straßen soll begrenzt werden.

Betroffenes geltendes Recht:
StVO 2013 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

11. **Verkauf neuer LKW und Busse mit Verbrennungsmotoren drastischer reduzieren**

Beschreibung:
Der Verkauf neuer Fahrzeuge (Lkw und Busse) ab 7,5 Tonnen zulässige Gesamtmasse mit Verbrennungsmotor sollen ab 2030 drastisch reduziert werden, sodass 75% der Neuwagenflotte emissionsfrei sind. Ab 2035 sollen 90% emmissionsfrei sein, während der Rest emissionsfrei oder hybrid mit Range-Extender (REX) sein soll. Zudem braucht es einen Aufbau der Schnellladeinfrastruktur über die Vorgaben der EU und aktuellen Ziele der Bundesregierung hinaus.

Interessenbereiche:
Güterverkehr [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

12. **Erhöhung der Quoten für alternative Kraftstoffe im Straßenverkehr**

Beschreibung:
Die Treibhausgas-Minderungsquote für fossile Kraftstoffe soll im Straßenverkehr bis 2035 auf 100% erhöht werden (derzeitiges Ziel für 2030 ist 25%). Um die Quote zu erfüllen, braucht es insbesondere eine Ausweitung der Kopperationen mit Ländern in Europa mit Überschuss an erneuerbarem Strom.

Betroffenes geltendes Recht:
BImSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

13. **Einrichtung einer staatlichen Energieausbauagentur**

Beschreibung:
Die Schaffung einer Energieausbauagentur soll für bessere Koordinierung des Ausbaus erneuerbarer Energien und Speicher sorgen und damit flächendeckende und stabile Energieversorgung gewährleisten.

Interessenbereiche:
Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

14. **Beschleunigter Ausbau Photovoltaik**

Beschreibung:
Der Ausbau von Photovoltaikanlagen soll durch die Einführung einer Solarpflicht für Neubauten, sowie durch Förderung für Freiflächen-PV-Anlagen beschleunigt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/8657 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften zur Steigerung des Ausbaus photovoltaischer Energieerzeugung
Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611030044** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 30.10.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

15. **Beschleunigter Ausbau Windkraft**

Beschreibung:
Der beschleunigte Ausbau der Windkraft soll über Genehmigungsfiktion, finanzielle Beteiligung von Kommunen, leichterer Nutzung öffentlicher Flächen und verbesserte Investitionsbedingungen vorangetrieben werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/2355 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land

Betroffenes geltendes Recht:
EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

16. **Begrenzung des Imports von LNG**

Beschreibung:
Die Begrenzung des LNG-Imports in Deutschland soll den Verbrauch von verflüssigtem Erdgas (LNG) kontrollieren und reduzieren. Zur Umsetzung dessen soll auf langfristige Lieferverträge für LNG verzichtet werden. Außerdem sind Investitionen in LNG-Infrastruktur zu begrenzen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/7279 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des LNG-Beschleunigungsgesetzes und des Energiewirtschaftsgesetzes
Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

17. **Verbesserung der Vorraussetzungen für lokale Bürgerenergiegesellschaften**

Beschreibung:
Zur Verbesserung der Vorraussetzungen für lokale Bürgerenergiegesellschaften sollen Betreiberpflichten reduziert und finanzielle Anreize erhöht werden.

Betroffenes geltendes Recht:
EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

18. **Steigerung der Rate und des Tiefegrads energetischer Sanierungen**

Beschreibung:
Für energetische Sanierungen sollen Sanierungsfahrpläne und Klimaberatung verpflichtend werden, die Sanierungstiefe ausgeweitet werden und eine Sanierungsverpflichtung für energieineffiziente Gebäude durchgeführt werden.

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

19. **Modernisierungsumlage durch das Drittelmodell reformieren**

Beschreibung:

Die Kosten energetischer Sanierungen sollen nicht mehr nur von den Mietenden gezahlt, sondern gleichmäßig zwischen Vermieter:innen, Mieter:innen und Staat aufgeteilt werden. Bei unzumutbarer Härte sollte die Mieterhöhung über die Wohngeldkasse aus öffentlichen Mitteln gezahlt werden.

Betroffenes geltendes Recht:
BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

20. **Umlegung aller CO2-Kosten eines Gebäudes auf Vermietende**

Beschreibung:
Die CO2-Kosten, die sich aus dem energetischen Zustand eines Gebäudes ableiten lassen, sollen vollständig auf Vermietende umgelegt werden

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 580/22 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Gesetz zur Aufteilung der Kohlendioxidkosten (Kohlendioxidkostenaufteilungsgesetz - CO2KostAufG)

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

21. **Einführung des Nullenergiestandard als Vorraussetzung für Neubauten.**

Beschreibung:
Null-Energie-Gebäude sollen anstelle der Niedrigstenergiegebäude als Standard für Neubauten definiert werden. Auf das öffentliche Strom- und Wärmenetz sollen diese Gebäude nur in Ausnahmefällen zurückgreifen müssen.

Betroffenes geltendes Recht:
GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

22. **Etablierung der Ökobilanz als Kriterium bei der Erteilung von Baugenehmigungen**

Beschreibung:
Die Baugenehmigung für einen Neubau sollte an die Voraussetzung geknüpft werden, dass ein bestimmter Wert in der Ökobilanz über den gesamten Lebenszyklus nicht überschritten werden darf. Der Grenzwert soll anhand eines aktuellen Durchschnittswerts festgelegt und anschließend linear abgesenkt werden.

Betroffenes geltendes Recht:
BBauG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

23. **Exklusive Förderungen standardübertreffender Gebäude**

Beschreibung:
Nach der Bundesförderung für effiziente Gebäude sollen nur solche Neubauten gefördert werden, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehende Standards verwirklichen. Diesbezüglich in Frage kommen Plusenergiehäuser sowie Gebäude mit einem besonders hohen Maß an Kreislauffähigkeit, mit kurzen Transportwegen der verwendeten Baustoffe und mit Verwendung nachwachsender Rohstoffe.

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

24. **Abbau rechtlicher Hemmnisse für die Verwendung der Holzbauweise**

Beschreibung:
Abweichungsmöglichkeiten der bestehenden Vorschriften bezüglich des Feuerwiderstands sollen geschaffen werden, um Holz auch in Hochhäusern und Treppenräumen verwenden zu können.

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

25. **Einführung der Pflicht zur Rückbauplanung als Vorraussetzung für eine Baugenehmigung**

Beschreibung:
Bei einem Antrag auf eine Baugenehmigung muss die Vorlage einer Rückbauplanung verpflichtend sein. Diese ist so zu erstellen, dass vorrangig eine Wiederverwendung durchgeführt wird und an zweiter Stelle Stoffe dem Recycling zugeführt werden.

Betroffenes geltendes Recht:
BBauG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

26. **Einführung einer Pficht zum Rückbauplan vor Abriss**

Beschreibung:
Wird eine Abrissgenehmigung beantragt, so soll verpflichtend ein Rückbauplan vorgelegt werden, in dem dargelegt wird, welche Baumaterialien welcher Form der Verwertung zugeführt werden.

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

27. **Implementierung einer Quote für Recyclingbaustoffe**

Beschreibung:
Der vorrangige Einsatz von Sekundär- bzw. Recyclingbaustoffen soll gesetzlich verankert werden. In Anlehnung an das Kreislaufwirtschaftsgesetz für Bau- und Abbruchabfälle sollten in der Ersatzbaustoffverordnung (EBV) klare Quoten-Vorgaben für mineralische Recyclingbaustoffe ergänzt werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 237/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Verordnung zur Änderung der Ersatzbaustoffverordnung und der Brennstoffwechsel-Gasmangellage-Verordnung
Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
ErsatzbaustoffVEV/BBodSchVNeuf/DepV2009uaÄndV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

28. **Bevorzugte Verwendung von Recyclingbaustoffe bei der öffentlichen Auftragsvergabe**

Beschreibung:
Alle Bundesländer sollen einen Vorrang sekundärer, ökologisch vorteilhafter Baustoffe bei der Auftragsvergabe einführen. Um den Grundsatz der Sparsamkeit trotz zunächst kostenintensiverer Recycling-Baustoffe einzuhalten, kann ein fiktiver CO2-Preis auf Primärmaterialien erhoben werden.

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

29. **Reform des nationalen und der europäischen Emissionshandelssysteme**

Beschreibung:
Die europäischen Emissionshandelssysteme I und II sollen mittels Anpassung der jeweiligen Reduktionsfaktoren an wissenschaftlich fundierten Treibhausgas-Restbudgets ausgerichtet werden. Außerdem soll der soziale Ausgleich sichergestellt und die Voraussetzung für sektorale und globale Anschlussfähigkeit geschaffen werden. Die Preise des momentan bestehenden nationalen Emissionshandels sollen derweil an die zu erwartenden Preises des ETS II angepasst werden, um Preisshocks beim Übergang zu verhindern.

Betroffenes geltendes Recht:
BEHG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

30. **Entzerrung der Tierhaltung durch Flächenbindung**

Beschreibung:
Die räumliche Entzerrung der Tierhaltung soll durch Flächenbindung erfolgen, d.h. durch eine Begrenzung der Tieranzahl pro Fläche.

Betroffenes geltendes Recht:
TierSchNutztV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

31. **Anpassung der gemeinsamen Agrar-Politik der EU im Sinne des Moorschutzes**

Beschreibung:
Ab der nächsten Förderperiode der GAP im Jahr 2027 sollen Landwirt:innen für die Bewirtschaftung trockengelegter Moorflächen keine Flächensubventionen (aktuell 156 Euro pro ha) mehr erhalten, da es sich hierbei um eine klimaschädliche Bewirtschaftung handelt. Stattdessen sollen nur noch Moorflächen, die wiedervernässt bewirtschaftet werden (Paludikultur), diese Förderung der ersten Säule der GAP erhalten.

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

32. **Attraktivitätssteigerung des Schienenpersonenfernverkehr (SPFV)**

Beschreibung:
Schaffung eines bundesweiten Aufgabenträgers, vergleichbar mit den Aufgabenträgern des ÖPNV, der den Eisenbahnverkehr für unterbediente Strecken und Orte im Rahmen einer gemeinwirtschaftlichen Leistung sicherstellt.

Betroffenes geltendes Recht:
GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

33. **Attraktivitätssteigerung öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)**

Beschreibung:
Kommunen müssen ermächtigt werden, eine Arbeitgeberabgabe, Erschließungsabgabe für Bauherren und City-Pkw-Maut einzuführen. Weiterhin sollen die Regionalisierungsmittel, die vom Bund an die Länder bereitgestellt werden, gesteigert werden und dabei an Leistungsziele wie Taktdichte gekoppelt werden.
Zudem muss eine bundesweite Koordinierungsstelle eingerichtet werden, mit dem Ziel autonomes Fahren flächendeckend vor 2030 im ÖPNV und On-Demand-Ridesharing einzuführen.

Betroffenes geltendes Recht:
StVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

34. **Attraktivitätssteigerung Schienengüterverkehr (SGV)**

Beschreibung:
Das Ziel der Bundesregierung der Güterverkehrsanteil bis 2030 auf 25% zu steigern soll auf 30% erhöht werden. Um dieses zu erreichen braucht es insbesondere einen bundesweiten

Aufgabenträger, vergleichbar mit den Aufgabenträgern des ÖPNV, der den Ausbau von Gleisanschlüssen, des Einzelwagenverkehrs und von Terminals für den kombinierten Verkehr Straße/Schiene im Rahmen einer gemeinwirtschaftlichen Leistung sicherstellt.

Interessenbereiche:
Güterverkehr [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

35. **Attraktivitätssteigerung des Schienenverkehrs**

Beschreibung:
Für den Schienenfernverkehr, Schienennahverkehr und den Schienengüterverkehr braucht es eine Kostenentlastung. Dafür sollen die Trassenpreise - "Schienenmaut", die auf allen Strecken und für alle Züge fällig ist - gesenkt werden und die Stromsteuer ganz entfallen. Die Trassenpreise sollen weiterhin nach CO2-Emissionen gestaffelt werden. Nicht zuletzt muss die langfristige Finanzierung für Digitalisierung sowie für Infrastrukturausbau sichergestellt werden.

Interessenbereiche:
Güterverkehr [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

36. **Einführung eines Emissionshandel für tierische Produkte**

Beschreibung:
Um den Tierbestand in der Landwirtschaft bis 2030 zu halbieren, soll ein Emissionshandel für tierische Produkte eingeführt werden.

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

37. **Schuldenbremsenreform zur Sicherstellung von Finanzmitteln für Klimaschutz**

Beschreibung:
GermanZero e.V. setzt sich für die Schaffung ausreichender Finanzmittel zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen ein. Eine Reform der Schuldenbremse ist unerlässlich, um Investitionen in Klimaschutz, nachhaltige Infrastruktur und soziale Gerechtigkeit zu ermöglichen. Ziel ist es, Artikel 109 und 115 des Grundgesetzes so anzupassen, dass insbesondere die Finanzierung klimarelevanter Projekte planbar und nachhaltig gesichert ist. Dies umfasst auch die Einführung klarer Ausnahmetatbestände, wie die Einstufung der Klimakrise als Naturkatastrophe, und die Erweiterung des Investitionsbegriffs, um ökologische und soziale Fortschritte zu berücksichtigen.

Betroffenes geltendes Recht:
GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Staatsorganisation [alle RV hierzu]

38. **Klimaschutz und Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz**

Beschreibung:
GermanZero e.V. fordert die Verankerung von Klimaschutz und Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz, um die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für umfassenden Klimaschutz auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zu schaffen. Mit einer Ergänzung von Artikel 91a GG sollen Kommunen und Länder in die Lage versetzt werden, notwendige Klimainvestitionen durchzuführen. Dazu gehört die Einführung eines Finanzierungsmechanismus, der die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen auf allen Ebenen fördert.

Betroffenes geltendes Recht:
GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Staatsorganisation [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2506260035** (PDF - 23 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 14.03.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2608100025** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 12.08.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **SG2610210013** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 14.10.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

39. **Finanzierung notwendiger Klimaschutzmaßnahmen sicherstellen.**

Beschreibung:
Das Sondervermögen Infrastruktur/Klimaneutralität in Höhe von 500 Mrd. Euro soll laut Artikel 143h Grundgesetz „für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und für zusätzliche
Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045“ verwendet werden. Das Errichtungsgesetz für das Sondervermögen und die kommenden Haushaltsgesetze müssen dahingehend gestaltet werden, dass keinerlei Geldmittel in fossile bzw. klimaschädliche Infrastruktur fließen. Stattdessen müssen die Mittel zusätzliche Klimaschutzinvestitionen finanzieren. Dafür setzen wir uns gegenüber der Bundespolitik ein.

Betroffenes geltendes Recht:
GG [alle RV hierzu]; EKFG [alle RV hierzu]; SVIKG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607060010** (PDF - 34 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.06.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

40. **EnWG im Sinne des Klimaschutzes reformieren und EU-Gaspaket umsetzen.**

Beschreibung:
Bezugnehmend auf die Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften zur Umsetzung des Europäischen Gas- und Wasserstoff-Binnenmarktpaket, sollen Änderungen vorgeschlagen werden. Kern sind dabei die folgenden Ziele: Klimaneutralität bis spätestens 2045 zu ermöglichen, verpflichtende Stilllegungspläne für Gasnetzbetreiber zu erwirken, Stilllegungsankündigungsfrist von 10 Jahren zu reduzieren, Verbraucherschutz hinsichtlich Gaskostenpreissteigerung zu stärken.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 186/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften zur Umsetzung des Europäischen Gas- und Wasserstoff-Binnenmarktpakets
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMWE): Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des

Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften zur Umsetzung des Europäischen Gas- und Wasserstoff-Binnenmarktpakets (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

41. **Klimaschutz im Haushaltsgesetz 2026**

Beschreibung:
Es werden multiple Änderungen anvisiert, die dem Zwecke Klimaschutz bei der Aufteilung des Staatshaushaltes mehr Gewicht einräumen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/600 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026)
Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

42. **Klimaschutz im Haushaltsgesetz 2025**

Beschreibung:
Es werden multiple Änderungen anvisiert, die dem Zwecke Klimaschutz bei der Aufteilung des Staatshaushaltes mehr Gewicht einräumen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/500 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025)
Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
HG 2025 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

43. **Klimaschutz im Haushaltsgesetz 2027**

Beschreibung:
Es werden multiple Änderungen anvisiert, die dem Zwecke Klimaschutz bei der Aufteilung des Staatshaushaltes mehr Gewicht einräumen.

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2603310167** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 25.03.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

2. **SG2609030003** (PDF - 28 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 02.09.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **SG2609250034** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 25.09.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

44. **Anpassungen zum Gebäudemodernisierungsgesetz (GMG)**

Beschreibung:
Zweifel an der Klimaschutzwirkung und der ökonomischer Sinnhaftigkeit der Eckpunkte einer geplanten Reform des Gebäudeenergiegesetzes zum Gebäudemodernisierungsgesetz sollen geäußert werden. Anpassungen zugunsten des effektiven Klimaschutzes sollen eingebracht werden.

Betroffenes geltendes Recht:
GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2603300012** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 23.03.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2605130050** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.05.2026 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **SG2606250052** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.06.2026 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

45. **Verbindlicher Gasausstieg**

Beschreibung:
Ein verbindlicher Stufenplan zum Gasausstieg soll eingeführt werden, kombiniert mit einkommensabhängigen Zuschüssen und gezielten Förderprogrammen für ärmere Eigentümer:innen. Kommunen und Netzbetreiber sollen verbindliche Gasausstiegspläne vorlegen müssen, die die schrittweise Stilllegung der Gasnetze parallel zur Wärmeplanung vorsehen.

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]; GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

46. **Stärkung der 65%-EE-Vorgabe im Gebäudeenergiegesetz (GEG)**

Beschreibung:
Die 65%-Vorgabe für erneuerbare Energien im GEG soll verbindlich umgesetzt und vor Abschwächungen geschützt werden, um Planungssicherheit zu schaffen und teure Fehlinvestitionen in fossile Heizsysteme zu vermeiden.

Betroffenes geltendes Recht:
GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

1. **Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Neustrelitz
   Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro
   Zuwendung im Rahmen des Förderprogramms TransformD 2024_25 Themenschwerpunkt: Klimawandel

2. **Umweltbundesamt**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Dessau-Roßlau
   Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro
   Zuwendung im Rahmen der Verbändeförderung

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
1.990.001 bis 2.000.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (3):

1. **Postcode Lotterie DT gemeinnützige GmbH**
   Betrag: 500.001 bis 510.000 Euro
   Die Deutsche Postcode Lotterie unterstützte GermanZero mit einer zweckungebundenen Förderung für das Jahr 2025.

2. **Demokratie-Stiftung Campact**
   Betrag: 290.001 bis 300.000 Euro
   Die Demokratie-Stiftung Campact unterstützte GermanZero mit einer zweckungebundenen Förderung für das Jahr 2025.

3. **European Climate Foundation**
   Betrag: 330.001 bis 340.000 Euro
   Die European Climate Foundation unterstützte GermanZero mit einer zweckungebundenen Förderung für das Jahr 2025.

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

GZ-JA2024-Bilanzbericht_KOMPLETT.pdf

Eigener Verhaltenskodex

GermanZero_Ethische_Richtlinien.pdf